

Private Internetnutzung durch Arbeitnehmer

Die arbeits- und betriebsverfassungsrechtlichen Probleme

von

Prof. Dr. Peter Hanau, Prof. Dr. Thomas Hoeren, Dr. Dirk Andres

1. Auflage

Private Internetnutzung durch Arbeitnehmer – Hanau / Hoeren / Andres

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Informationsrecht, Neue Medien](#)



Verlag C.H. Beck München 2003

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 48755 2

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XVII
Teil 1. Einführung	1
Teil 2. Technische Grundlagen	3
A. Entstehung und Funktionsweise des Internets	3
B. Funktionsweise der einzelnen Dienste des Internets	4
I. World Wide Web	5
II. E-Mail	7
III. Newsgroups	8
IV. File Transfer Protocol	9
V. Internet Relay Chat	10
C. Aufbau und Wirkungsweise eines Intranets	11
D. Nutzungsumfang der Arbeitnehmer, Möglichkeiten und Gefahren ..	11
E. Nutzungskosten	12
F. Technische Möglichkeiten der Überwachung der Internet- und Intranetnutzung	14
I. Überwachung durch Standardinternetsoftware	14
II. Spezielle Überwachungssoftware	16
G. Verschlüsselung von Daten	18
Teil 3. Individualrechtliche Probleme der privaten Internetnutzung . . .	19
A. Unterscheidung zwischen dienstlicher und privater Internetnutzung.	19
B. Befugniserteilung zur privaten Nutzung des Internets	20
I. Erlaubnis des Arbeitgebers	21
1. Ausdrückliche Erlaubniserteilung	21
2. Konkludente Nutzungsgestattung	21
3. Betriebliche Übung	22
II. Rücknahme der Erlaubnis	22
C. Art und Umfang der Nutzungsgestattung	23
I. Nutzungsumfang bei ausdrücklicher Nutzungserlaubnis	23
II. Nutzungsumfang bei konkludenter Erlaubniserteilung	25
III. Örtliche Beschränkung der Nutzungserlaubnis	26

IV. Direktionsrecht des Arbeitgebers in außergewöhnlichen Situationen	27
D. Rechtsfolgen pflichtwidrigen Internetgebrauchs	28
I. Mögliche Pflichtverletzungen	28
1. Überschreitung des erlaubten Nutzungsumfangs	28
2. Überschreitung der zeitlichen und örtlichen Grenzen der Nutzungsbefugnis	29
3. Strafbare Handlungen des Arbeitnehmers	29
a) Abruf strafbarer Inhalte aus dem Internet	29
b) Unbefugter Download urheberrechtlich geschützter Daten	30
c) Verbreitung ehrverletzender oder wahrheitswidriger Behauptungen über den Arbeitgeber	30
4. Belästigung der Arbeitskollegen	31
5. Unsachgemäßer Gebrauch der technischen Einrichtungen	31
6. Pflichtverletzungen im Umgang mit Paßwörtern	32
7. Pflichtwidrige Intranetnutzung	32
II. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitgebers	33
1. Abmahnung	33
2. Ordentliche Kündigung	35
3. Außerordentliche Kündigung	35
4. Verdachtskündigung	37
III. Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers	37
1. Exkurs: Schäden durch die Verbreitung von Computerviren	37
a) Sorgfaltspflichten des Arbeitgebers	38
b) Erforderliche Schutzmaßnahmen auf Seiten des Arbeitgebers	38
2. Anspruchsgrundlage des Schadensersatzanspruches	38
3. Haftungsprivilegierung nach den arbeitsrechtlichen Grundsätzen	39
4. Schadensersatzpflicht bei unerlaubter Privatnutzung des Internets	40
E. Datenschutzrechtliche Vorgaben für den Arbeitgeber	40
I. Anwendungsbereich datenschutzrechtlicher Regelungen	41
1. Vorgaben nach dem Telekommunikationsgesetz	41
2. Anwendbarkeit der Telekommunikations-Datenschutzverordnung über § 89 Abs. 1 Satz 1 TKG	42
3. Anwendbarkeit des Teledienstgesetzes und des Teledienstedatenschutzgesetzes	43
4. Anwendungsbereich des Bundesdatenschutzgesetzes und der Datenschutzgesetze der Länder	45
II. Datenschutzrechtliche Vorgaben für den Arbeitgeber	46
1. Wahrung des Telekommunikationsgeheimnisses (§ 85 TKG)	46
a) Speicherung und sonstige Verwendung der Daten bei der E-Mail-Nutzung	47

b) Speicherung von Daten bei der Nutzung des Usenets oder IRC-Dienstes	47
c) Protokollierung der Nutzung von Telnet, FTP und WWW	48
2. Einsatz technischer Schutzvorkehrungen (§ 87 TKG)	49
3. Datenschutzrechtliche Vorgaben des § 89 Abs. 3 bis 5 TKG	50
4. Zulässige Datenerhebung und -speicherung nach dem BDSG	51
a) Zulässigkeit der Datenerfassung und -speicherung nach § 28 BDSG	51
b) Insbesondere: Überwachung des E-Mail-Verkehrs	53
c) Benachrichtigung und Auskunft über Daten (§§ 33, 34 BDSG)	55
d) Löschung personenbezogener Daten (§ 35 BDSG)	55
e) Technische und organisatorische Maßnahmen	56
III. Einwilligung des Betroffenen	56
F. Kontrollbefugnisse des Arbeitgebers	57
I. Überwachungsbedarf und Kontrollmöglichkeiten des Arbeitgebers	58
II. Rechtliche Grenzen der Überwachung durch den Arbeitgeber ..	58
1. Telekommunikations- und datenschutzrechtliche Rahmen- bedingungen	59
2. Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen	59
3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht der Arbeitnehmer	59
a) Zulässige Beeinträchtigungen	60
aa) Unterscheidung von dienstlich veranlaßter und privater Internetnutzung	61
bb) Unterscheidung von erlaubter und verbotener Privatnutzung	61
cc) Unterscheidung hinsichtlich der zeitlichen Inan- spruchnahme des Internets	61
b) Unzulässige Rechtsverletzungen	62
c) Interessenabwägung	63
aa) E-Mail	63
bb) WWW	67
cc) FTP	68
dd) Usenet	69
ee) IRC	69
ff) Intranet	69
III. Folgen rechtswidriger Überwachung durch den Arbeitgeber . . .	70
1. Strafrechtliche Folgen	70
2. Unterlassungsanspruch des Arbeitnehmers	70
3. Anspruch auf Löschung gespeicherter Daten	71
4. Schadensersatzansprüche	71
5. Arbeitspflicht des Arbeitnehmers	72
G. Auskunftsanspruch des Arbeitnehmers	72

H. Arbeitnehmer mit Sonderstatus und Telearbeitsbeschäftigte	72
I. Telearbeitnehmer	73
II. Geheimnisträger	74
III. Betriebsrat	74
J. Zusammenfassung	75
Teil 4. Kollektivrechtliche Ebene	77
A. Regelungsebene – Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung?	77
B. Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG und entsprechende personalvertretungsrechtliche Vorschriften	78
I. Voraussetzungen	78
1. Begriffsbestimmung der „technischen Einrichtung“	78
2. Der Überwachungsbegriff	78
3. Überwachung des Verhaltens oder der Leistung der Arbeitnehmer	81
4. Bestimmung zur Überwachung	85
5. Einführung, Anwendung und Abschaffung technischer Überwachungseinrichtungen	86
II. Umfang der Mitbestimmung	88
III. Anonymisierung der Daten als Ausweg aus der Mitbestim- mungspflichtigkeit	90
1. Der Vorgang der Anonymisierung, echte und unechte Anonymisierung	91
2. Auswirkungen der Anonymisierung auf das Mitbestim- mungsverfahren	92
3. Informationspflicht des Arbeitgebers	94
4. Zwischenergebnis	95
IV. Gesetzlicher und tariflicher Ausschluß der Mitbestimmung	95
V. Schranken der Mitbestimmung	97
1. Einfachgesetzliche Grenzen	98
2. Grundrechtsbindung der Parteien, allgemeines Persön- lichkeitsrecht der Arbeitnehmer	98
3. Datenschutzrechtliche Vorschriften	99
C. Regelungsinstrumentarien zur Ausübung der Mitbestimmung	104
I. Betriebsvereinbarung	105
II. Rahmenbetriebsvereinbarung	105
III. Regelungsabrede	106
D. Zuständigkeit des Betriebsrats, Gesamtbetriebsrats und Konzernbetriebsrats	106
E. Durchsetzung der Mitbestimmung	109
I. Kollektivrechtliche Mittel	110
1. Präventiver Rechtsschutz gegen die Einführung einer technischen Einrichtung	110

2. Repressiver Rechtsschutz gegen eine bereits installierte technische Einrichtung	111
3. Anrufung der Einigungsstelle	113
II. Individualrechtliche Mittel	113
F. Überprüfbarkeit von Betriebsvereinbarungen und Einigungs- stellensprüchen	114
I. Betriebsvereinbarung	114
II. Entscheidungen der Einigungsstelle	114
G. Informationsanspruch des Betriebsrats und Hinzuziehung von Sachverständigen	115
H. Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	117
Teil 5. Zusammenfassung	119
Teil 6. Formulierungshilfen	123
A. Erlaubte Privatnutzung	123
B. Verbot der Privatnutzung	125
Glossar	127
Sachverzeichnis	129